

Homo- oder transphobe Gewalt wirksam bekämpfen

Pressekonferenz zum IDAHoBIT: Internationaler Aktionstag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie

Anlässlich des internationaler Aktionstag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHoBIT), fordern wir die Staatsregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, dass queere Menschen in Bayern ein selbstbestimmtes Leben führen können, ohne Diskriminierung und Gewalt erfahren zu müssen.

Auch wenn sich in den letzten Jahrzehnten für die Rechte von Lesben, Schwule, Bisexuelle, inter- und trans* Personen einiges getan hat, erfahren queere Menschen im Alltag noch immer Diskriminierung. Noch immer werden auch im unserem Land Menschen auf Grund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtszugehörigkeit Opfer von Gewalttaten. Im Jahresbericht 2019 von *ILGA Europe* belegt Deutschland europaweit nur Platz 15, was die Situation von LGBTIQ*-Personen betrifft (<https://rainbow-europe.org/>). In Anbetracht der empirischen Erkenntnisse und der Tatsache, dass sich das gesellschaftliche Klima gerade ändert und rechtspopulistische und fundamentalistische Strömungen gegen sexuelle Minderheiten und ihre Gleichstellung agitieren, ist nicht zu erwarten, dass sich infolge weiterer rechtlicher Gleichstellung das Problem von selbst lösen wird.

Diskriminierung trauriger Alltag

In der **Schulklimabefragung** der Landeshauptstadt München von 2018 wird festgestellt, dass eine **nicht-heterosexuelle Orientierung** der **häufigste Grund** ist für schlechte Erfahrungen aufgrund der **Nicht-Akzeptanz**. (*Landeshauptstadt München, Schulklimabefragung 2018, S. 197*)¹

Der bekannte Münchner Szene-Gastwirt **Dietmar Holzapfel** wurde erst kürzlich in einem handschriftlichen Brief massiv **bedroht** und explizit homofeindlich **beleidigt**. Ein aktuelles Beispiel das deutlich unterstreicht, dass LSBTIQ* Menschen auch heute noch mit Stigmatisierungen und Nicht-Akzeptanz aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Zugehörigkeit zu kämpfen haben.

In der größten bundesweiten Jugendstudie zur Situation von queeren jungen Menschen *Coming-out – und dann... ?!* (N= 5.037) wurde 2015 festgestellt, dass die Öffentlichkeit (z.B. ÖPNV, Straße, Supermarkt) zu den Lebensbereichen zählt, an dem die Jugendlichen mit am häufigsten Diskriminierung erleben. 38% der jungen Lesben,

¹ Verfügbar unter: <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Bildung-und-Sport/Schule/schulklimabefragung.html>

Schwulen, Bisexuellen und orientierungs*diversen Jugendlichen haben hier Diskriminierung erfahren, bei den trans* und gender* diversen jungen Menschen waren es sogar 50% der teilnehmenden Jugendlichen. (*Krell/Oldemeier 2015: 29*)

Jede*r dritte Jugendliche berichtete außerdem, in der Öffentlichkeit schon mal wegen der nicht-heterosexuellen Orientierung oder der nicht-geburtsgeschlechtlichen Zugehörigkeit sexuell belästigt oder beleidigt worden zu sein. Bei den lesbischen Jugendlichen war es knapp jede zweite, bei den jungen trans* weiblichen Jugendlichen jede zweite Frau. (*Krell/Oldemeier 2017*)

Handlungsbedarf aufgrund empirischer Erkenntnisse

Das Bayerische Landeskriminalamt teilte auf Anfrage mit, dass für das Jahr 2018 elf Straftaten, davon vier Gewalttaten, im Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch Motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst wurden. Empirischen Studien belegten, dass bei Gewaltdelikten auf Grund von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität ein enormes Dunkelfeld besteht.

In einer europaweiten Studie von 2012 wurde gezeigt, dass die **wenigstens queeren Menschen**, die Diskriminierung aufgrund ihrer nicht-heterosexuellen und/oder nicht-cisgeschlechtlichen Zugehörigkeit erlebt haben, diese zur **Anzeige** gebracht haben. **In Deutschland waren es lediglich 7%**. (*Survey on fundamental rights of lesbian, gay, bisexual and transgender people in EU 2012*)²

Die **häufigsten Gründe** dafür waren die Vermutung, dass das „**nichts bringen**“ würde, sowie die **Unwissenheit**, wohin man sich vertrauensvoll wenden könne. (*European Union Agency for Fundamental Rights 2013*)³

Eine niederländische Studie belegt, dass **queere Ansprechstellen** bei der Polizei das **Vertrauen fördern** und das **Anzeigeverhalten positiv beeinflussen**. Das Gefühl, von der **Polizei ernst genommen zu werden**, ist ein zentraler Grund für eine Anzeige nach erlebter Diskriminierung/Gewalt (*Feddes/Jonas 2016: LGBT Hate Crime, Psychological Well-Being, and Reporting Behaviour: LGBT Community and Police Perspectives*)⁴.

² Verfügbar unter: <https://fra.europa.eu/en/publications-and-resources/data-and-maps/survey-fundamental-rights-lesbian-gay-bisexual-and>

³ Verfügbar unter: https://fra.europa.eu/sites/default/files/eu-lgbt-survey-results-at-a-glance_en.pdf

⁴ Verfügbar unter: <http://app.uva.nl/binaries/content/assets/projectsites/amsterdam-pink-panel/onderzoek-hate-crime-2016-volledig-rapport.pdf>

Situation in anderen Bundesländern

Bayern ist das einzige Bundesland ohne Aktionsplan gegen Diskriminierung von LGBTIQ* Menschen. Um auf die Situation angemessen zu reagieren und ein deutliches Signal zu senden, dass homo- und transfeindliche Diskriminierungen nicht hinnehmbar sind, gibt es in allen anderen Bundesländern entsprechende Aktivitäten.

- Die Bundesländer **NRW, Hessen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin, Niedersachsen und Bremen**, sowie einige Direktionen der Bundespolizei haben **feste Ansprechpersonen/-stellen bei der Polizei** für Opfer homo- oder trans*phober Gewalt. Delikte sind dort besser dokumentiert, die Zahlen von Anzeigen und ihrer Erfassung steigen und nähern sich damit der Dunkelziffer
- In Vielen Bundesländern arbeiten die Ansprechpersonen eng mit Kontaktstellen im Zivilgesellschaftlichen Bereich zusammen
- In NRW gibt es die landesweite Kampagne „Ich-zeige-das-an.de“ (www.ich-zeige-das-an.de) um betreffende Menschen zu ermutigen, Strafanzeige zu stellen

Politische Forderungen

Das Recht eines jede Menschen, unabhängig von der sexuellen Orientierung und der Geschlechtszugehörigkeit ein selbstbestimmtes Leben ohne Gewalt und Diskriminierung führen zu können, muss von der Bayerischen Staatsregierung endlich umfassend geschützt werden.

Wir fordern die Staatsregierung dazu auf endlich einen umfassenden und wirksamen Aktionsplan zur Akzeptanz und Vielfalt – gegen Homophobie und Transphobie vorzulegen. Dieser soll auch ein Konzept zur Bekämpfung von Hasskriminalität beinhalten.

Auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der best practice Beispiele aus anderen Bundesländern, fordern wir als konkrete und sofort umsetzbare erste Handlungsschritte:

1. Ansprechpersonen für LSBTIQ* bei der Polizei

In jedem Polizeipräsidium sollen hauptamtliche Ansprechpersonen für LSBTIQ* geschaffen werden. Diese sollen insbesondere für Opfer homo- und transphober Straftaten als Ansprechpartner*innen dienen und darüber hinaus für alle

polizeibezogenen Fragen, die lesbische, schwule, bisexuelle Lebensweisen sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen betreffen, zuständig sein.

2. Homo- und transphobe Kriminalität bekämpfen/Anzeigeverhalten stärken

Beleidigungen und körperliche Übergriffe gegen LSBTIQ* gehören angezeigt: Und die Dunkelziffer zu senken muss das Anzeigeverhalten gestärkt werden. Hierzu fordern wir eine landesweite Kampagne zur Ermutigung queerer Menschen, im Falle homo- oder trans*phober Straftaten Anzeige zu erstatten.

München, den 17. Mai 2019
Tessa Ganserer, MdL
queerpolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag

Zahlen, Daten, Statistiken

Informationen des Anti-Gewalt-Projekts (AGP) des sub e.V. in München

Ansprechperson: Christopher Knoll, c/o sub e.V., Müllerstraße 14, 80469 München, 089 – 8563 46 400

Wie viele Beratungsanfragen beim AGP gab es 2014 / 2015 / 2016 / 2017 / 2018?

2014: 67 2015: 49 2016: 59 2017: 101
2018: 48

Zum Vergleich die Zahlen der Polizei Bayern auf eine Anfrage des Abgeordneten Ludwig Hartmann vom 24.5.2017:

Homo- und transfeindliche **Straftaten** in **Bayern** (gesamt):

2007: 4 2008: 3 2009: 15 2010: 13
2011: 13 2012: 13 2013: 23 2014: 49 (-18 i.Vgl. AGP)
2015: 32 (-17 i.Vgl. AGP) 2016: 21 (-38 i.Vgl. AGP)

Was für Delikte wurden beschrieben? Wie war der Anteil an Beleidigungen, Erpressungen, Nötigungen, Körperverletzungsdelikten?

Es wurde die gesamte Bandbreite von Beleidigung bis gefährliche Körperverletzung gemeldet. Anteilig schätzen wir:

- Beleidigungen: 30%
- Bedrohungen/Nötigungen/Sachbeschädigungen (z.B. „Schwule Sau“ auf Hauswand oder Auto etc) 30%
- **Körperverletzungen 30%**
- Raub/Erpressung 10%.

Zum Vergleich die Zahlen der Polizei Bayern auf eine Anfrage des Abgeordneten Ludwig Hartmann vom 24.5.2017:

Homo- und transfeindliche **Körperverletzungsdelikte** in **Bayern** (gesamt):

2007: 0 2008: 0 2009: 1 2010: 1 2011: 1 2012: 0
2013: 0 2014: 1 2015: 3 2016: 1

Wie viele davon konnten zu einer Anzeige bei der Polizei bewegt werden?

Wir bitten die Klienten grundsätzlich um Rückmeldung: 5-10% geben uns an, sie hätten es bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Es können mehr sein, da wir nicht immer Rückmeldung erhalten. Parallel vermuten wir in vielen Fällen und wissen es in einzelnen Fällen, dass die Polizei Delikte nicht als „Politisch motivierte Gewalttat“ klassifiziert.

Was sind die angesprochenen Gründe dafür, nicht Anzeige zu erstatten?

Die Rückmeldungen sind in der Regel:

- Keine Hoffnung, damit etwas zu bewirken.
- Angst, dass es für einen selbst auf der Polizei eine unangenehme Situation sein könnte

Wer ist Kontaktstelle oder Kontaktperson des AGP bei der Polizei? Wie sieht diese Stelle oder Person die Problematik?

K105, Opferschutzkommissariat.

Die Polizei sagt, wenn die Leute keine Anzeige erstatten, kann sie nicht tätig werden. Das K105 bietet auch an, mit dem Opfern zu sprechen. Das K105 ist sehr hilfsbereit, deren Dienste werden aber durch unsere Klienten leider so gut wie nie in Anspruch genommen.

Wie schätzt das Sub den Personalbedarf im Bereich der Beratung künftig ein?

Mit der jetzigen Personalkapazität sind die anstehenden Aufgaben wie Vernetzungsarbeit, Fortbildungen und erweiterte Beratungsangebote nicht möglich. Für den Bereich AGP ist mindestens eine Vollzeitstelle notwendig. Sinnvoll wäre eine Ausweitung des Aufgabengebietes auf die gesamte LSBTIQ*+ Community.

Was wäre aus der Sicht des AGP nötig, um eine stabile Vertrauensbasis von queeren Menschen zur Polizei zu schaffen?

Es müssen Signale und vertrauensbildende Maßnahmen aktiv von Seiten der Polizei kommen, so z.B. die Schaffung konkreter Ansprechpartner*innen für LSBTIQ*-Opfer von Gewalt.

Informationen von MANEO e.V. in Berlin

(Quelle: MANEO-report 2017)

Ansprechperson: Bastian Finke, bastian.finke@maneo.center

Wie viele Personen wurden 2017 durch MANEO beraten?

719

(Vgl.: 2016: 703, 2015:747, 2014: 742, 2013: 778, 2012: 803, 2011: 883, 2010: 918, 2009: 779)

Wie viele Beratungsgespräche fanden 2017 statt?

1784

davon ca. je 50% mit unmittelbar betroffenen Personen/Opfern und mit Polizei/Ärzten/Rechtsanwälten/Psychotherapeuten etc.

Wie viele Fälle wurden registriert, wie viele ausgewertet und wie hoch lag der Anteil der Gewalttaten?

Von 801 Fällen konnten 407 im Detail ausgewertet werden. 51% waren Gewalttaten (206)

MANEO-Report 2018: Gewaltdelikte, Raub, Nötigungen und Bedrohungen gingen insgesamt leicht zurück, Beleidigungen verdoppelten sich

Anm.: MANEO ist das älteste und erfolgreichste schwule Anti-Gewalt-Projekt in Deutschland (26 Jahre). In zwei Büros arbeiten zwei Hauptamtliche und 10 Ehrenamtliche.

Informationen der Ansprechstelle bei der Polizei in Schleswig-Holstein

Ansprechperson: Tobias Kreuzpointner, Jens Puschmann

In Schleswig-Holstein gibt es seit 1.9.2018 zwei Ansprechpersonen bei der Polizei. Das Projekt wird im Sommer 2019 erstmals evaluiert.

Bekannt ist, dass es im **Jahr 2017** insgesamt **4 gemeldet Fälle** politisch motivierter Hasskriminalität des Merkmals „sexuelle Orientierung“ gab. Von **Januar bis April 2019** waren es 12 gemeldete Fälle. Das entspricht, im Folgejahr nach der Einführung des Projekts, einer **Steigerung um 900%**.